

# Muster (Werk-)Vertrag

Zwischen der

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das  
Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dieses vertreten durch die  
Präsidentin der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin  
Friedrich - Henkel - Weg 1 – 25, D - 44149 Dortmund

- Auftraggeber -<sup>1</sup>

und

- Auftragnehmer -

wird unter der Vorgangsnummer **739735** folgender Vertrag geschlossen:

---

<sup>1</sup> Zugunsten einer besseren Lesbarkeit wird in dem folgenden Vertrag auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Wir verwenden ausschließlich die männliche Bezeichnung, wobei sämtliche Bezeichnungen für beide Geschlechter gelten.

## Präambel

### § 1

#### Vertragsgegenstand

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für den Auftraggeber das Werk **Entwicklung, Lieferung und Aufbau von Ausstellungsobjekten und Möbeln für die neue Wechselausstellung zum Thema „Schlaf“ der DASA Arbeitswelt Ausstellung Dortmund**, bis zum **Anfang Oktober** durchzuführen bzw. zu verrichten.
- (2) Bestandteile dieses Vertrages sind
  - die Leistungsbeschreibung vom **08.05.2026** sowie
  - das Angebot des Auftragnehmers vom xx.xx.2026
  - ZAVsoweit sich aus diesem Vertrag nichts anderes ergibt.

Bei Widersprüchen zwischen Angebot und Leistungsbeschreibung ist die Leistungsbeschreibung maßgebend.
- (3) Soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, finden die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der jeweils geltenden Fassung Anwendung. Die AGB des Auftragnehmers sind ausgeschlossen.
- (4) Der Auftraggeber darf aufgrund dieses Vertrages Dritten gegenüber nicht verpflichtet werden.

### § 2

#### Zeitplan, Art und Umfang der Leistungen

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, folgenden Zeitplan bei der Durchführung des Vorhabens einzuhalten:
  - Beginn: nach Vertragsunterzeichnung
- (2) Die Endabnahme bzw. das Abschlussergebnis ist bis **Anfang Oktober** zu erbringen.
- (3) Der Auftragnehmer hat bei der Durchführung des Projektes / Werks vom aktuellen Stand der Wissenschaft und Technik auszugehen, der durch Informationsrecherchen zu ermitteln ist. Die Leistungen müssen dem neuesten Stand der Wissenschaft, den Regeln guter wissenschaftlicher Praxis und den anerkannten fachlichen Regeln der jeweiligen Branche des Auftragnehmers entsprechen.

### § 3

#### Vergütung

- (1) Bei der Durchführung des Vorhabens handelt es sich um einen öffentlichen Auftrag, der dem Preisrecht unterliegt.

- (2) Für die nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen erhält der Auftragnehmer von dem Auftraggeber als Marktpreis (*alternativ: Selbstkostenfestpreis*) nach § 4 (*alternativ: § 6 Abs. 1 und 2*) der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen vom 21. November 1953 (PÖV) - Bundesanzeiger Nr. 244 - eine Vergütung in Höhe von

€

(in Worten: Euro)

- ☒ zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer.  
☐ ohne gesetzliche Umsatzsteuer

*Alternativ: Selbstkostenfestpreis:*

Der Auftragnehmer erklärt, dass

- die in der Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten angesetzten Preise und Entgelte den preisrechtlichen Vorschriften entsprechen und
- die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten nach den Leitsätzen für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten – LSP – (Anlage zur PÖV) vorgenommen wurde.

## **§ 4**

### **Zahlungsmodalitäten**

- (1) Die Zahlung erfolgt im Überweisungsverkehr auf eine vom Auftragnehmer schriftlich zu benennende Bankverbindung.
- (2) Die in § 3 vereinbarte Vergütung wird dem Auftragnehmer nach Abnahme der Leistung ausgezahlt.
- (3) Die Teilbeträge werden in der Regel fällig nach Abnahme der jeweils erbrachten Teilergebnisse. Durch die Zahlung von Teilbeträgen wird die Abnahme der vertraglichen Leistung(en) jedoch nicht bewirkt.
- (4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Überzahlungen an den Auftraggeber zurückzuzahlen.

## **§ 5**

### **Prüfungsrecht, Mitteilungspflichten**

- (1) Der Auftraggeber und von ihm Beauftragte sind berechtigt, sich beim Auftragnehmer während seiner Geschäfts- und Betriebsstunden über die vertragsgemäße Ausführung der Leistungen zu informieren, an werkseigenen Prüfungen teilzunehmen, Prüfungen selbst vorzunehmen und die Vorlage der bisherigen Arbeitsergebnisse zu verlangen.
- (2) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die in § 5 Abs. 1 vereinbarten Befugnisse auch für Verträge gelten, die der Auftragnehmer mit Unterauftragnehmern schließt.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber unvorhergesehene Umstände, die eine vertragsgemäße Durchführung des Vorhabens beeinträchtigen könnten, unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

## **§ 6**

### **Abnahme**

- (1) Ist die Leistung in vertragsgemäßem Zustand (§§ 1 und 2) erbracht, so wird sie abgenommen. Die erfolgreiche Endabnahme wird dem Auftragnehmer schriftlich bestätigt.
- (2) Ist das Vorhaben nicht vertragsgemäß abgeschlossen worden, können Nachbesserungen gefordert oder die Höhe der Vergütung entsprechend gemindert werden.
- (3) Fordert der Auftraggeber Nachbesserung(en), hat der Auftragnehmer diese innerhalb von 12 Wochen vorzunehmen.

## **§ 7**

### **Unteraufträge**

Unteraufträge bedürfen der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Vergabe dieser Aufträge die Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen zu beachten.

## **§ 8**

### **Haftung**

- (1) Die Haftung der Vertragsparteien, ihrer gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen gegenüber Ansprüchen aus Vertragsverletzung oder Delikt ist beschränkt auf Schäden, die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht werden; der Höhe nach ist die Haftung begrenzt auf die Höhe der Vertragssumme. Die Haftung für Folgeschäden (z. B. entgangene Gewinne, Vermögensschäden) ist ausgeschlossen.
- (2) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber – unbeschadet der Haftung im Innenverhältnis – im Außenverhältnis von jeglicher Haftung gegenüber geschädigten Dritten frei. In Verträgen mit Dritten hat der Auftragnehmer entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

## **§ 9**

### **Nutzungs- und Verwertungsrechte; Erfindungen**

- (1) Der Auftraggeber erhält das ausschließliche, räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkte sowie das übertragbare / unterlizensierbare Recht, das Werk / die Arbeitsergebnisse auf alle bekannten Nutzungsarten ohne Zahlung einer Vergütung zu nutzen und zu verwerten. Davon umfasst ist ausdrücklich auch das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung (Onlinestellung im Internet und in Intranets).
- (2) Dem Auftragnehmer verbleibt ein nicht ausschließliches, räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränktes Recht, das Werk / die Arbeitsergebnisse nicht kommerziell auf alle bekannten Nutzungsarten für Zwecke der Forschung und Lehre bzw. für anderweitige Zwecke (zum Beispiel Auftragsforschung) unentgeltlich zu nutzen und zu verwerten. Eine kommerzielle Nutzung und Verwertung bedarf der vorherigen Zustimmung durch den Auftraggeber.
- (3) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die dem Auftraggeber zur Nutzung und Verwertung im vorgenannten Umfang überlassenen Arbeitsergebnisse / das Werk einschließlich darin enthaltenes Bildmaterial (z.B. Fotos, Grafiken, Zeichnungen, Karikaturen, Abbildungen etc.) frei von Rechten Dritter sind bzw. ist. Gegebenenfalls hat er sich die entsprechenden Rechte zur Nutzung und Verwertung einräumen zu lassen. Soweit Personen auf Fotografien erkennbar abgebildet sind, hat er deren schriftliches Einverständnis zur Nutzung und Verwertung der Fotografie, insbesondere zur Veröffentlichung im Internet / Intranet einzuholen.

Bei der Nutzung und Verwertung von Bildmaterial hat der Auftragnehmer die Quellenangabe unmittelbar an dem Bild anzubringen; bei Fotografien umfasst die Quellenangabe den Namen des Fotografen, gegebenenfalls den der Agentur und das Jahr der Aufnahme.

- (4) Erfindungen, die bei der Durchführung dieses Vertrages entstehen, wird der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich anzeigen.
- (5) Der Auftraggeber erhält von dem Auftragnehmer eine Option auf die Einräumung von Rechten zur exklusiven Nutzung der im Rahmen dieses Vertrages entstehenden Schutzrechte an Erfindungen zu wirtschaftlich angemessenen Bedingungen. Im Übrigen werden sich die Vertragspartner möglichst frühzeitig über das zweckmäßige Vorgehen bei der Anmeldung und Verwertung der Schutzrechte abstimmen und eine gesonderte schriftliche Vereinbarung hierüber treffen.

## **§ 10**

### **IT-Leistungen**

Sind nach §§ 1 und 2 DV-Programme zu erstellen,

- hat der Auftragnehmer die Software inklusive Quellcodes mit Kommentierung vorzulegen,
- garantiert der Auftragnehmer gemäß § 9 Abs. 3 dieses Vertrages, dass keine Rechte Dritter an Teilen der entwickelten bzw. eingebundenen Software bestehen oder diese nachweislich abgetreten wurden,
- sichert der Auftragnehmer zu, dass das von ihm erstellte Programm den vertraglich vereinbarten Anforderungen entspricht. Er gewährleistet die Funktionsfähigkeit des Programms für 2 Jahre ab Abnahme der Leistung.

## **§ 11**

### **Veröffentlichungen**

- (1) Der Auftraggeber und der Auftragnehmer informieren sich gegenseitig vorab über Veröffentlichungen, die auf der Basis der durch das Projekt / Werk gewonnenen Ergebnisse herausgegeben werden sollen. Darüber hinaus informiert der Auftragnehmer über alle Vorhaben, die sich an die Medien wenden (Pressemitteilungen etc.), die Pressestelle des Auftraggebers mindestens 10 Tage vorher.
- (2) Veröffentlichungen sollen nur einvernehmlich erfolgen. Die Vertragspartner können die Zustimmung zu einer Veröffentlichung ganz oder teilweise verweigern, wenn dadurch nachweislich ihre Interessen erheblich berührt werden.
- (3) Bei Publikationen finden die üblichen Regeln der Wissenschaft bezüglich der Autorenschaft Berücksichtigung.
- (4) Im Falle der Veröffentlichung der Projekt- bzw. Werkergebnisse durch den Auftraggeber oder durch den Auftragnehmer erhält die jeweils andere Vertragspartei 10 Exemplare des Bekanntmachungswerkes kostenlos zur Verfügung gestellt.
- (5) Der Auftragnehmer ist damit einverstanden, dass der Auftraggeber Angaben über das Vorhaben (Name und Anschrift des Auftragnehmers, Laufzeit, Thema, Kosten) zu Informations- und Dokumentationszwecken an Dritte weitergibt.

## **§ 12**

### **Einhaltung Datenschutz; Geheimhaltung**

- (1) Beide Vertragsparteien verpflichten sich, die aktuellen Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) im Umgang mit personenbezogenen Daten einzuhalten. Informationen zu personenbezogenen Daten dürfen nicht an Dritte weitergegeben und nur im Rahmen des Projektes verwertet werden.
- (2) Auftraggeber und Auftragnehmer verpflichten sich, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten Kenntnisse von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen vertraulich zu behandeln.

## **§ 13**

### **Eigentum an beschafften bzw. hergestellten Gegenständen**

- (1) Hat der Auftragnehmer im Rahmen der Durchführung dieses Vertrages Geräte, Einrichtungsgegenstände, Druckwerke, DV-Programme oder sonstige Gegenstände zu beschaffen bzw. herzustellen, so sind diese Gegenstände nur für den Vertragszweck zu verwenden und sorgfältig zu behandeln.
- (2) Eine Liste der beschafften Gegenstände ist dem Auftraggeber zur Endabnahme bzw. zusammen mit dem Abschlussergebnis vorzulegen.
- (3) Die nach Abs. 1 beschafften bzw. hergestellten Geräte, Einrichtungsgegenstände, Druckwerke, DV-Programme oder sonstigen Gegenstände sind als Bundeseigentum zu kennzeichnen, zu inventarisieren und dem Auftraggeber nach Abschluss des Forschungsprojektes zu übereignen.

## **§ 14**

### **Einbeziehung des Auftraggebers in Werbeaussagen**

Der Auftragnehmer darf in seinen Werbeaussagen auf geschäftliche Verbindungen zum Auftraggeber nur mit dessen ausdrücklichen vorherigen schriftlichen Zustimmung hinweisen.

## **§ 15**

### **Forderungsabtretung**

Forderungen gegen den Auftraggeber kann der Auftragnehmer nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers abtreten.

## **§ 16**

### **Kündigung aus wichtigem Grund**

Erlangt eine Vertragspartei Kenntnis von Tatsachen, die ihr das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund geben würden, so hat sie die andere Vertragspartei hierüber schriftlich zu unterrichten. Einigen sich beide Vertragsparteien innerhalb einer Frist von vier Wochen nicht über eine Fortsetzung des Vertragsverhältnisses, so ist die andere Vertragspartei innerhalb einer weiteren Frist von zwei Wochen zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt.

Die Kündigung hat schriftlich per eingeschriebenen Brief zu erfolgen.

## **§ 17**

### **Rücktritt vom Vertrag; Antikorruptionsklausel**

- (1) Die Vertragsparteien erklären ihren festen Willen, jeglicher Form von Korruption entgegenzuwirken.
- (2) Insbesondere dürfen der Auftragnehmer oder seine Beauftragten dem Auftraggeber weder unmittelbar noch mittelbar Vorteile im Sinne der §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuches (StGB) anbieten, versprechen oder gewähren. Diese Verpflichtung gilt auch für die von dem Auftragnehmer beauftragten Unterauftragnehmer.
- (3) Handelt der Auftragnehmer der Verpflichtung nach Absatz 2 zuwider oder war er an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache im Sinne des § 298 StGB gegenüber dem Auftraggeber beteiligt, steht dem Auftraggeber ein besonderes Rücktritts- beziehungsweise Kündigungsrecht zu. Außerdem behält sich der Auftraggeber vor, den Auftragnehmer bei entsprechenden Verstößen von zukünftigen Vergaben für eine bestimmte Zeit auszuschließen.
- (4) Tritt der Auftraggeber nach Absatz 3 vom Vertrag zurück, hat sie die Wahl, ob sie im Rahmen der Rückabwicklung die empfangene Leistung ganz oder teilweise zurückgibt oder Wertersatz leistet.
- (5) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber alle Schäden zu ersetzen, die unmittelbar oder mittelbar durch den Rücktritt vom Vertrag entstehen. Andere Rechte als der Anspruch auf Wertersatz für nicht zurückgewährte Leistungen stehen dem Auftragnehmer aufgrund des Rücktritts nicht zu.

## **§ 18**

### **Einhaltung der Vorschriften zum Mindestlohngesetz**

- (1) Der Auftragnehmer sichert in vollem Umfang und unwiderruflich die Einhaltung der nachfolgenden Bestimmungen zu:
  - a. den gesetzlich oder tarifvertraglich geforderten Mindestlohn in der jeweiligen aktuellen geforderten Höhe rechtzeitig zu bezahlen,
  - b. sich keines Nachunternehmens zu bedienen, das diesen Mindestlohn entsprechend der tarifvertraglichen oder gesetzlichen Vorgaben nicht oder nicht rechtzeitig bezahlt,
  - c. dass weder er selbst als Auftragnehmer noch eines der Nachunternehmen, ein Zeitarbeitsunternehmen beauftragt, das diesen gesetzlichen oder tarifvertraglichen Mindestlohn nicht oder nicht rechtzeitig bezahlt,
  - d. dass weder er selbst als Auftragnehmer noch eines der Nachunternehmen im Sinne des §19 Absatz 1 MiLoG von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen sind.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber jederzeit auf Verlangen einen aktuellen Gewerbezentralregisterauszug sowie aktuelle Nachweise (z.B. Stundennachweise, anonymisierte Lohnabrechnungen, Mitarbeiterlisten) über die Zahlung des Mindestlohns durch ihn und das Nachunternehmen unverzüglich vorzulegen.

Er wird den Auftraggeber unverzüglich über die Inanspruchnahme durch Dritte oder die Einleitung von Bußgeldverfahren wegen Verstoßes gegen das Mindestlohngesetz gegen sich oder gegen ein von ihm im Zusammenhang mit diesem Vertragsverhältnis eingesetztes Nach- und/oder Zeitarbeitsunternehmen unterrichten.

- (3) Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber von der Zahlung des Mindestlohns sowie generell von jeglichen Ansprüchen Dritter oder behördlichen Bußgeldern freistellen, die auf Verstößen gegen das Mindestlohngesetz oder gegen eine mögliche tarifvertragliche Regelung durch den Auftragnehmer, durch eines seiner Nachunternehmen und/oder eines von diesen beauftragten Zeitarbeitsunternehmen beruhen.
- (4) Im Falle der Nichteinhaltung vorstehender Pflichten ist der Auftraggeber berechtigt, fällige Zahlungen an den Auftragnehmer einzubehalten, bis diese Pflichten erfüllt sind.  
Sollte der Auftragnehmer gegen die vorstehenden Verpflichtungen verstoßen, ist der Auftraggeber ungeachtet weitergehender Rechte befugt, ihm eine angemessene Frist zur Erfüllung der betreffenden Verpflichtungen zu setzen und nach fruchtlosem Fristablauf den Vertrag zu kündigen.
- (5) Bei schuldhaftem Verstoß gegen diese Verpflichtungen ist der Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung mit sofortiger Wirkung berechtigt.

## **§ 19**

### **Änderungen und Ergänzungen**

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages - einschließlich dieser Schriftformklausel - bedürfen der Schriftform.

## **§ 20**

### **Erfüllungsort und Gerichtsstand**

- (1) Erfüllungsort ist **Dortmund**
- (2) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Dortmund.

Für die Auftraggeberin:

Für den Auftragnehmer / Für die Auftragnehmerin:

Dortmund,  
( Ort ) ( Datum )

,  
( Ort ) ( Datum )

Die Präsidentin der Bundesanstalt  
für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin



Im Auftrag